



INHALT AUGUST 2006

SEITE 1
EIN „FAST HISTORISCHES EREIGNIS“

Zum Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt

STIMMEN ZUM GIPFEL

ZAHLENWERK

Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit (Anteile)

SEITE 2
BILDUNGSSCHECKS

Initiative des Arbeitsministeriums in NRW

FIFA-TAGE GEGEN RASSISMUS
EUMC begrüßt Aktivitäten zur WM und ermuntert zum Weitermachen

WOHLFAHRTSVERBAND ZUR EINBÜRGERUNG

Debatte greift zu kurz

FLÜCHTLINGSSCHUTZ IM ABSEITS

Tag des Flüchtlings im Rahmen der Interkulturellen Woche

SEITE 3
KEIN LEICHTES VORHABEN

Vier Jahre Islamforum des Interkulturellen Rats

JETZT AUCH AUF ITALIENISCH
migration-online erweitert das Angebot

PROJEKTERFAHRUNGEN

Nach zweieinhalb Jahren ist VERSUS beendet

SEITE 4
DEUTSCHLAND – EINE ETHNISCH-PLURALISTISCHE GESELLSCHAFT

Kommentar von Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland

EIN „FAST HISTORISCHES EREIGNIS“

Zum Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt

Am Freitag dem, 14. Juli fand im Kanzleramt laut Bundeskanzlerin Angela Merkel ein „fast historisches Ereignis“ statt, der so genannte Integrationsgipfel – ein dreistündiges Gespräch mit 86 Vertretern von Zuwanderern, Politik, Wirtschaft, Verbänden und Kirchen. Die Bundesregierung will jetzt in einer gemeinsamen Kraftanstrengung mit den Zuwanderern die Probleme bei der Integration angehen. In sechs Arbeitsgruppen soll bis Mitte 2007 ein nationaler Integrationsplan erarbeitet werden.

Die Bundesregierung will besonders in sechs Handlungsfeldern Fortschritte erzielen, um Integration zu verbessern: Die Integrationskurse sollen weiterentwickelt werden, die deutsche Sprache soll von Anfang an gefördert werden. Die Bildungs- und Ausbildungssituation von Migrantinnen und Migranten sollen grundlegend verbessert werden, um ihre Arbeitsmarktchancen zu erhöhen. Besonders soll die Lebenssituation von Frauen und Mädchen verbessert und die Gleichberechtigung verwirklicht werden. Außerdem soll die Integration vor Ort unterstützt und die Bürgergesellschaft gestärkt werden.

Annelie Buntenbach, die als Vertreterin des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB an dem Gipfel teilgenommen hatte, sieht darin ein positives Signal für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft. Allerdings kritisiert sie die Tatsache, dass alle die Themen ausgeklammert wurden, die entweder Geld kosten oder kontrovers diskutiert werden.

Kritik gab es auch im Vorfeld der Veranstaltung. Der Vorsitzende des Bundesausländerbeirats, Memet Kilic, kommentiert seine Nicht-Einladung so: „Offensichtlich denken die Unionsparteien nur in Kategorien wie Religion oder Nationalität. Da fallen wir als neutrale Organisation durchs Raster.“

Pro Asyl und der Interkulturelle Rat gaben sich im Vorfeld eher pessimistisch: „Der nationale Integrationsgipfel kann keinen nennenswerten Beitrag dazu leisten, die Migrations- und Integrationspolitik zu modernisieren. Die Integrationsproblematik wird weitgehend auf mangelhafte Deutschkenntnisse von Migranten und Flüchtlingen reduziert.“

Nach dieser Logik haben Einwanderer schwere Defizite, die einer erfolgreichen Integration in die Bildungssys-

teme und in den Arbeitsmarkt im Wege stehen.“ Damit werde Integration zur alleinigen Bringschuld der Migrantinnen und Migranten und „ein vormoderne Integrationsverständnis zementiert“.

Petra Gerstenkorn, ver.di Bundesvorstandsmitglied bemerkte, dass Integration mehr als Spracherwerb sei. „Integration kann nur gelingen, wenn sich die Chancen auf Aus- und Weiterbildung und der Zugang zur Erwerbsarbeit für Migrantinnen und Migranten deutlich verbessern.“ Darüber hinaus müsse den Zuwanderern die politische Partizipation ermöglicht werden. Hierzu sei das kommunale Wahlrecht ein unverzichtbarer Baustein.

Annelie Buntenbach bedauert, dass es für die Weiterarbeit an dem Aktionsplan weder einen Termin für den Beginn der Arbeitsgruppen noch inhaltliche Beschreibungen gibt. Ob der Gipfel mehr als ein Symbol war, wird sich an der Arbeit der Arbeitsgruppen ablesen lassen. Allerdings hat sie Zweifel an einer klaren Haltung der Unionsparteien, da bereits einen Tag nach dem Treffen der Bundesinnenminister mit Vorschlägen zur Verschärfung des Aufenthaltsrechts in die Öffentlichkeit ging.

STIMMEN ZUM GIPFEL

Zitate

Kenan Kolat (Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland): „Eine neue Ära der Integrationspolitik hat begonnen. Die Lebenslüge, Deutschland sei kein Einwanderungsland, ist vorbei.“
Vizekanzler Franz Müntefering (SPD): „Der Integrationsgipfel ist eine große Chance für unser Land.“
SPD-Chef Kurt Beck: „für den Anfang zufrieden“.
Bayerns Innenminister Günther

Beckstein (CSU): „Ich halte strenge Strafen für integrationsunwillige Zuwanderer weiterhin für notwendig. Wer als Lediger hier ist, arbeitslos wird und nicht einmal seinen Integrationskurs besucht, muss das Land wieder verlassen.“
Bundestags-Vizepräsidentin Petra Pau (Linkspartei): „Ich bin angenehm überrascht, dass das Thema Sanktionen praktisch keine Rolle gespielt hat.“
Nordrhein-Westfalens Integrationsminister Armin Laschet (CDU): „Statt Sanktionen braucht es das Signal: Ihr seid bei uns willkommen.“

ZAHLENWERK

Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit (Anteile)

Staatsangehörigkeit	in Prozent
Türkei	26
Italien	8
Serbien und Montenegro	8
Griechenland	5
Polen	4
Österreich	4
Kroatien	3
Portugal	2
Bosnien und Herzegowina	2
Russische Föderation	2
andere	37

Quelle: Integrationsbefragung 2005

BILDUNGSSCHECKS

Initiative des Arbeitsministeriums in NRW

Dass Weiterbildung – oder auch: lebenslanges Lernen – für die Beschäftigten wie die Unternehmen von zentraler Bedeutung sind ist bekannt. Das widerspiegelt sich aber nicht im tatsächlichen Verhalten. Für das Arbeits- und Sozialministerium des Landes Nordrhein-Westfalen war das Anlass, mithilfe eines Bildungsschecks gegenzusteuern. Betriebe, die eine Beschäftigtenzahl von 250 nicht übersteigen oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können sich eine Hälfte einer Weiterbildung – höchstens 750 Euro – über den Scheck finanzieren lassen. Gefördert wird der Bildungsscheck über den Europäischen Sozialfonds der EU. Das Vorgehen ist einfach: Ein Unternehmen oder ein Einzelner wendet sich

an eine von über 175 Bildungsberatungsstellen. Dort gibt es Informationen über geeignete Bildungsangebote und auch der Scheck wird dort ausgehändigt. Einlösen kann man ihn dann bei einem Bildungsträger.

Gefördert werden neben EDV-Kenntnissen oder Lern- und Arbeitstechniken auch – und das ist insbesondere für Migrantinnen und Migranten wichtig – Sprachkurse. Das es um die Nutzung von Weiterbildungsangeboten geht, die die Beschäftigungsfähigkeit sichern sollen, werden arbeitsplatzbezogene Anpassungsqualifikationen wie Schulungen zur Bedienung von Maschinen nicht gefördert.

Informationen auf der Internetseite des Ministeriums:
www.mags.nrw.de

FIFA-TAGE GEGEN RASSISMUS

EUMC begrüßt Aktivitäten zur WM und ermuntert zum Weitermachen

Am 28. Juni stellte die FIFA für die Viertelfinals Spiele der Fußballweltmeisterschaft eine Reihe von publikumswirksamen Aktivitäten gegen Rassismus vor. Zu den Aktionen gehörten unter anderem die Erklärung von Mannschaftskapitänen zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit.

Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) begrüßt und unterstützt diese Aktionen der FIFA, doch dürften sie nicht nach der Weltmeisterschaft aufhören. Weiter warnt das EUMC: „Nachdem die Euphorie der Weltmeisterschaft verflogen ist, werden Menschen unterschiedlicher ethnischer Minderheiten in Europa im Alltag immer noch mit den gleichen Problemen des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit zu kämpfen haben.“ Dies seien dieselben Menschen, die an den Feiern und der Aufregung im Umfeld der Spiele ihrer Mannschaft teilnahmen. Doch hätte die WM gezeigt, „dass Europa seine Vielfalt im Geiste der Solidarität, der Fairness und in gegenseitigem Respekt feiern kann“.

Das EUMC ermuntert die Fußballverbände und ihre Vereine zu verschiedenen Maßnahmen:

- Erstellung einer Datenbank bewährter Praktiken, die von nationalen und europäischen Fußballverbänden koordiniert werden sollen.
- Ausbildung von Trainern zur Förderung der Gleichbehandlung und Abbau rassistischer Vorurteile.
- Schaffung eines nationalen Koordinators zur Rassismusbekämpfung und Einführung eines Verfahrens zur Überwachung rassistischer Vorfälle in enger Zusammenarbeit mit Stellen gegen Rassismus und den Polizeibehörden.

Ende des Jahres wird das EUMC selbst ein Aktionsmodell zur Förderung der Gleichheit und zur Bekämpfung von Rassismus in Vereinen und nationalen Verbänden vorstellen. Auslöser seien eine Reihe von Ereignissen während des letzten Jahres in Europa, die gezeigt hätten, dass das Gespenst des Rassismus im Sport immer noch verbreitet sei.

Weitere Informationen stehen unter www.migration-online.de/eumc_fifa



WOHLFAHRTSVERBAND ZUR EINBÜRGERUNG

Debatte greift zu kurz

Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) hat mit der Stellungnahme „Anforderungen an die Einbürgerung von Migrantinnen und Migranten – Positionierung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“ Position in der aktuellen Einbürgerungsdebatte bezogen. Vor allem geht es dem DPWV darum Elemente aufzuzeigen, die bei der hitzig geführten Debatte bisher zu kurz gekommen seien.

Zum einen fordert der DPWV, die Hürden für die Einbürgerung wieder zu senken: „Da die Voraussetzung für die Wahlberechtigung die deutsche Staatsangehörigkeit ist, kann das Ziel einer Integrationspolitik die auf erhöhte Partizipation abzielt nicht sein, Einbürgerung zu verhindern.“ Dabei verweist der Bericht auf die seit 2000 stetig rückläufigen Einbürgerungen (2000: 186.000 – 2004: 127.000). Zum anderen sei es die „zentrale Aufgabe der zukünftigen Migrationspolitik“ ein einbürgerungsfreundliches Klima zu schaffen.

Besondere Kritik erntet der so genannte Gesinnungstest. Zwar sei eine Überprüfung der Einstellung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung legitim, doch müssten sich die Schranken dieser Überprüfung „aus dem Selbstverständnis dieser Gesellschaft, wie es etwa im Grundgesetz formuliert ist“, ergeben. Weiter heißt es: „Mit diesen Grundnormen ist ein Gesinnungstest grundsätzlich unvereinbar.“ Prüfmaßstab dürfte nicht die Einstellung, sondern könne nur das Verhalten sein.

Einbürgerungskurse seien sinnvoll und notwendig, doch wäre der Ausbau der Kurse anzuraten. Von der generellen Prüfung des Wissens sollte Abstand genommen werden. Zum einen weil es keinen Konsens über die zu prüfenden Inhalte gebe, zum anderen sei der Informationsgrad über eine Gesellschaft kein Indikator für die Identifizierung und Akzeptanz derselben.

Die Stellungnahme des DPWV kann heruntergeladen werden unter: www.migration-online.de/dpwv_integration

FLÜCHTLINGSSCHUTZ IM ABSEITS

Tag des Flüchtlings im Rahmen der Interkulturellen Woche

Am 29. September findet im Rahmen der Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche der diesjährige Tag des Flüchtlings statt. Zu dem Anlass hat Pro Asyl ein 52-seitiges Materialheft mit dem Titel „Flüchtlingsschutz im Abseits“ veröffentlicht. Die Beiträge bieten facettenreiche Informationen zum Thema Flucht und Asyl. Das reicht von Porträts geduldeter Flüchtlinge über eine Analyse der EU-Flüchtlingspolitik bis hin zu einem Bericht über den Schauspieler und Hobbykoch Jochen Senf, der unter anderem im Tatort Kommissar Palú spielt. Er hat versucht, aus der Wochenration für einen Flüchtling im saarländischen Lager Lebach ein Essen zu bereiten. Das war eine Aktion des Saarländischen Flüchtlingsrats zum letztjährigen Tag des Flüchtlings.

In einem Beitrag wird eine Rede aus einer Veranstaltung im Dezember 2005

in Köln dokumentiert, die mit den Worten anfang: „Ich bin einer von denen, die ihren Nachnamen nicht nennen und ihn auch nicht auf das Türschild oder den Briefkasten schreiben, außer, die warten auf einen wichtigen Brief.“ Patricio, der das sagte, stammt aus Lateinamerika und lebt seit 14 Jahren ohne Papiere in Deutschland. Seine Schilderung seiner Lebenssituation – gleichermaßen emotional und lakonisch – lässt einen zusammensucken, wenn man im Lokalteil der Zeitung die Meldung findet, dass die Polizei illegal in Deutschland lebende Ausländer aufgegriffen hat.

Das Materialheft zum Tag des Flüchtlings 2006 kann bestellt werden bei Förderverein Pro Asyl e.V.
Postfach 160 624
60069 Frankfurt/ Main
oder:
Fax: 0 69/23 06 50

Weitere Informationen im Internet unter: www.proasyl.de

KEIN LEICHTES VORHABEN

Vier Jahre Islamforum des Interkulturellen Rats

Seit den Anschlägen des 11. September 2001 und den darauf folgenden in Madrid (2004) und London (2005) ist islamophobisches Verhalten in Deutschland gewachsen. Vorurteile verfestigen sich dank verkürzter und oftmals falscher Darstellung in den Medien und bedienen latent vorhandene Ängste. Laut aktueller Studien sind mehr als zwei Drittel der nicht-muslimischen Bevölkerung in Deutschland der Meinung, die muslimische Kultur lasse sich nicht mit westlichen Werten in Einklang bringen. Über 80 Prozent aller befragten Deutschen bringen den Islam sogar direkt mit Terrorismus in Verbindung und halten Muslime für fanatisch und radikal.

„Die Ablehnung der Muslime gehört zur bundesdeutschen Realität“, meint Jürgen Micksch, Vorsitzender des Interkulturellen Rates (IR). Durch diese spürbare Ablehnung ziehen sich Muslime immer stärker aus der Gesellschaft in die Isolation zurück, was dem Märchen der islamisch-terroristischen Verschwörungstheorie weiter Auftrieb gibt.

Um dem entgegenzuwirken wurde im Juni 2002 das Deutsche Islamforum ins Leben gerufen, in dem Konflikte und Probleme offen diskutiert werden. Damals wurde daran gezweifelt, dass Muslime unterschiedlicher Gruppierungen mit Vertretungen der deutschen Gesellschaft an einem Tisch zusammenarbeiten würden. An den Islamforen nehmen mittlerweile unter anderem der Zentralrat der Muslime in Deutschland, der Islamrat, die Türkische Gemeinde in Deutschland, sowie Innenminister der Länder, Gewerk-

schaftsvertreter, Verfassungsschützer und Wissenschaftler teil.

„Die guten Erfahrungen mit der Einrichtung eines Islamforums auf Bundesebene haben zur Einrichtung von ähnlichen Foren auf Länderebene geführt“, meint der Geschäftsführer des IR Thorsten Jäger. „Da sich viele alltägliche Probleme und Schwierigkeiten zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen auf Länderebene abspielen, wie beispielsweise die Bildungspolitik, trägt man dem föderalistischen Prinzip der Bundesrepublik Rechnung.“ Die ersten Länderforen wurden Ende 2003 in NRW und Hessen eingeführt.

Anlässlich des vierjährigen Bestehens des Deutschen Islamforums wurde am 26. Juni 2006 in Frankfurt am Main eine erste gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der Ziele, Grundlagen und Dialogprinzipien für Islamforen dargestellt werden: So sollen Differenzen offen angesprochen werden und die Fähigkeit zur Kritik und zur Selbstkritik ist dringend erforderlich für eine fruchtbare Diskussionskultur.

Bilanz ziehend meint Jäger: „Es war vom Beginn an klar, dass es kein leichtes Vorhaben wird. Doch hat sich über die letzten Jahre herauskristallisiert, dass Gesprächs- und Diskussionsforen die einzige Möglichkeit sind die Beziehungen zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen zum Positiven zu verändern, beziehungsweise sie überhaupt in Dialog zu bringen. Leider muss man feststellen, dass Fortschritte und Einigungen meist nicht an der mangelnden Gesprächsbereitschaft der Muslime scheitern.“

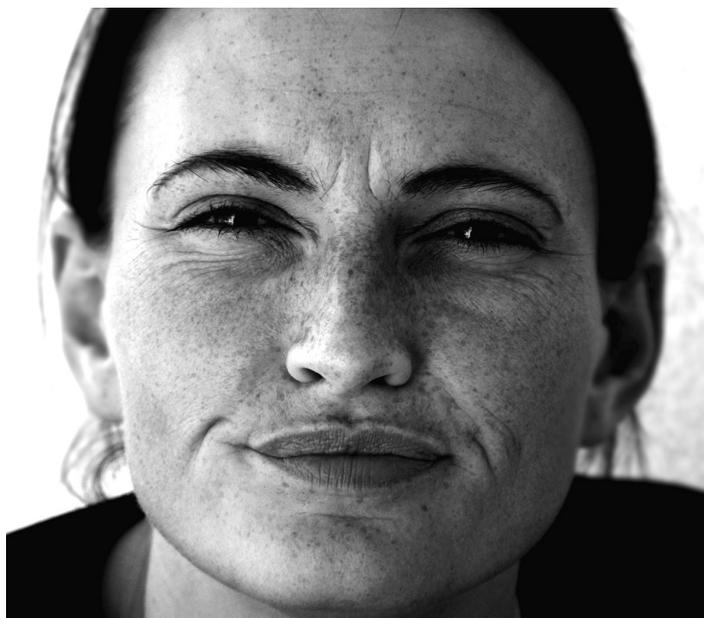
Weitere Arbeitsgrundlagen der Islamforen kann man nachlesen unter: www.interkultureller-rat.de/Themen/Islamforum/0606_Arbeitsgrundlage.pdf

JETZT AUCH AUF ITALIENISCH

migration-online erweitert das Angebot

Der Internetauftritt des Bereichs Migration & Qualifizierung (www.migration-online.de) steht jetzt auch auf Italienisch zur Verfügung, zumindest teilweise. Das trifft zunächst ein-

mal auf die Inhalte zu, die nach Auslaufen des Projekts Versus in migration-online integriert worden sind. Auch die vom Projekt Pro Qualifizierung erarbeiteten Inhalte werden integriert und sind neben Deutsch auch auf Italienisch verfügbar. Daneben werden die Datenbanken, etwa Statistiken, derzeit übersetzt.



PROJEKT-ERFAHRUNGEN

Nach zweieinhalb Jahren ist VERSUS beendet

Ende Juni ist das Projekt Koordinationsstelle zur Förderung der beruflichen Bildung italienischer Migrantinnen und Migranten in NRW (VERSUS) nach rund zweieinhalb Jahren ausgelaufen. Ziel war es Vernetzungsmöglichkeiten zwischen italienischen und deutschen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Sozial- und Bildungsbereich sowie der Arbeitswelt in NRW zu prüfen und umzusetzen, um die Bildungs- und Ausbildungssituation der in NRW lebenden Italienerinnen und Italiener zu verbessern. Eine Zahl: Die Arbeitslosigkeit dieser Zuwanderergruppe ist doppelt so hoch wie unter Deutschen. Von den Betroffenen haben nur 10 bis 15 Prozent eine berufliche Qualifikation. Für sie ist es natürlich extrem schwierig, wieder auf den Arbeitsmarkt zurückzufinden.

Zum Abschluss des Projekts ist ein Sammelband erschienen, in dem wichtige Erfahrungen des Projekts dargestellt werden. Dazu kommen Aufsätze von Expertinnen und Experten, die einzelne Aspekte des Themas aus ihrer Sicht erläutern.

Mit dem Auslaufen des Projekts ist die Arbeit aber nicht zu Ende. Das Informations- und Dokumentationszentrum (www.versus-online.com) bleibt weiter online. Dort werden zweisprachige Dialogmöglichkeiten zwischen italienischen und deutschen Akteuren, die für Schule und Ausbildung zuständig sind,

geboten. Die Online-Inhalte des Projekts können auf www.migration-online.de aufgerufen werden. Der Bereich Migration & Qualifizierung des DGB Bildungswerks wird die Inhalte erweitern und aktualisieren. Auch die Partnerschaft zwischen Sardinien, VERSUS und dem Bund sardischer Vereine, die im Rahmen des Projekts entstanden sind, bleiben weiter bestehen.

Bestehen bleibt auch das thematische Netzwerk „Italienische Gastronomie in Deutschland“, das dafür sorgt, dass Ausbildungsplätze im gastronomischen Bereich entstehen und dass Restaurantinhaber Ausbildungsplätze anbieten können. In Leverkusen wird ein lokales Netzwerk mit Bayer zur Orientierung von jungen italienischen Schülern und ihren Familien weiterarbeiten. Außerdem bleiben die Beratungsstellen für italienische Rat- und Arbeitsuchende beim italienischen Generalkonsulat Köln und beim italienischen Konsulat Dortmund erhalten.

Der erwähnte Sammelband kann unter der Bestellnummer 4064 bestellt werden bei: **Setzkasten GmbH**
Kreuzbergstr. 56, 40489 Düsseldorf
Telefax 02 11/4 08 00 90-40
mail@setzkasten.de

Titel: Maurizio Libbi, Nina Bergmann, Vincenzo Califano (Hrsg.): Berufliche Integration und plurale Gesellschaft – Zur Bildungssituation von Menschen mit italienischem Migrationshintergrund in Deutschland

DEUTSCHLAND – EINE ETHNISCH-PLURALISTISCHE GESELLSCHAFT

KOMMENTAR

Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland



In Deutschland leben mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Allen tatsächlichen oder vermeintlichen Schwierigkeiten zum Trotz leben Menschen unterschiedlicher Herkunft friedlich zusammen. Als führende Industrienation sollte die Bundesrepublik Deutschland ihre interkulturellen Kompetenzen ausbauen und die Potenziale und Ressourcen nutzen, die aus einer Einwanderungsgesellschaft entstehen. Dies erfordert eine Neuorientierung. Es ist nun an der Zeit, die „Ausländerpolitik“ zu einer „Gleichstellungspolitik“ weiterzuentwickeln.

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der es keine verantwortbare Alternative gibt. Unter Integration verstehen wir das von gegenseitiger Akzeptanz, Respekt und Toleranz geprägte Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher nationaler, kultureller oder religiöser Herkunft auf der Basis unseres Grundgesetzes. Rechtsgleichheit und gleiche Teilhabechancen an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sowie im Bildungswesen und in der Arbeitswelt sind dafür die Grundvoraussetzung.

Die Bundesrepublik Deutschland wird oft als ethnisch homogener Staat verstanden. Dieses Verständnis wird aber nicht nur der historischen Entwicklung auf deutschem Boden nicht gerecht, sondern sollte angesichts der Einwanderungsbewegungen nach 1945 nicht weiterverfolgt werden.

Ich möchte von folgender Definition ausgehen, die der Realität der Bundesrepublik Deutschland und den Entwicklungen innerhalb und außerhalb Europas näher kommt: Die Bundesrepublik Deutschland ist de facto eine ethnisch-pluralistische (polyethnische) Zivilgesellschaft. Ein polyethnischer Staat, der den Schutz der Minderheiten so in sein Verfassungssystem integriert hat, dass er nicht mehr als Minderheitenschutz in Erscheinung tritt.

Eine Gleichstellungspolitik in Deutschland sollte zielgerichtet auf folgenden Grundsätzen aufbauen:

- Sie muss das Dasein von Angehörigen (ethnischer/kultureller) Minderheiten als Chance und Potenzial und nicht als Bedrohung verstehen.
- Sie muss human sein.
- Sie muss transparent für jeden sein.
- Sie darf die Probleme nicht verheimlichen, sondern offen ansprechen.
- Sie muss realitätsnah sein.

Diese Politik muss auf der Grundlage der Transkulturalität umgesetzt werden. Transkulturalismus ist eine bewusste Politik, die Antithese zur Assimilation.

Ziele einer transkulturalistischen Politik können sein:

- Alle Menschen in Deutschland sollen eine Bindung zu Deutschland haben und mitverantwortlich sein, unsere gesamtgesellschaftlichen Interessen zu fördern.
- Alle Menschen in Deutschland sollen die grundsätzlichen Rechte der Unterscheidungsfreiheit aufgrund von ethnischer Herkunft, Religion oder Kultur genießen.

- Alle Menschen in Deutschland sollen die gleichen Lebenschancen und gerechten Zugang zu den vom Staat im Auftrag der Gemeinschaft verwalteten Mitteln haben.
- Alle Menschen in Deutschland sollen die Möglichkeit haben, sich an allen Entscheidungsprozessen, die sie betreffen, zu beteiligen.
- Alle Menschen in Deutschland sollen im Stande sein, ihr Potenzial für Deutschlands wirtschaftliche und soziale Förderung zu entwickeln und einzusetzen.
- Alle Menschen in Deutschland sollen die Möglichkeit haben, gute Sprachkenntnisse in Deutsch und anderen Sprachen zu erlangen und zu erweitern und ein kulturelles Verständnis zu entwickeln.
- Alle Menschen in Deutschland sollen ihr kulturelles Erbe entwickeln und miteinander teilen können.
- Alle Menschen in Deutschland sollen die kulturelle Diversität der deutschen Gemeinschaft anerkennen, reflektieren und ihr entgegenkommen.

Zu dieser transkulturalistischen Politik gehört auch der Ansatz des Migration-Mainstreamings. Ziel dieses Ansatzes ist, die Sichtweise der Migrantinnen und Migranten in alle Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Der am 14. Juli stattgefundenen Integrationsgipfel gibt mir Hoffnung, da zum ersten Mal Migranten und Bundesregierung auf gleicher Augenhöhe zusammengekommen sind und angefangen haben, miteinander zu sprechen und nicht übereinander.

Ich habe diesen Gipfel als einen historischen Tag für die Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung bezeichnet, nicht nur, dass es zu diesem Treffen kam; da die Bundesregierung unmissverständlich – wenn auch nicht direkt – von der Lebenslüge Deutschland-ist-kein-Einwanderungsland weggekommen ist.

GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium des Innern



Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

KOORDINATION

Michaela Dälken

REDAKTION

Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin

LAYOUT

Gitte Becker

DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

FOTOS

photocase

DRUCK UND VERTRIEB

Setzkasten GmbH, Düsseldorf

ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

BESTELLDRESSE

SETZKASTEN GMBH
Produktion, Verlag, Werbung
Kreuzbergstraße 56
40489 Düsseldorf
Telefax 02 11/4 08 00 90-40
E-Mail mail@setzkasten.de

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk, Bereich
Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de